

Anatomie eines Staatsfehlers: Quebecs „grünes“ Gas-Fiasko

geschrieben von Andreas Demmig | 10. August 2026

WUWT, Robert Girouard

Zuerst auf Französisch auf der Website der Association des climato-réalistes veröffentlicht. Übersetzt mit Hilfe von Google Gemini.

Weil es versprach, den Klimawandel zu bekämpfen und gleichzeitig das bestehende Gasnetz zu erhalten, wurde „erneuerbares“ Erdgas (RNG) – von Kommunikationsprofis strategisch als „grünes Gas“ umbenannt – und als das ultimative Wunder für die Energiewende in Quebec angepriesen.

Die unter der Regierung der Coalition Avenir Québec entwickelte und 2019 in einer Verordnung verankerte Strategie erschien auf den ersten Blick eindeutig. Sie zielte darauf ab, Gasversorger, allen voran Énergir, zu verpflichten, einen steigenden Anteil an erneuerbarem Erdgas (RNG) aus der Zersetzung organischer Abfälle – sei es Gülle, Kompost oder Klärschlamm – in ihre Verteilungsnetze einzuspeisen. Die formulierten Ziele waren zwar fortschrittlich, aber dennoch ambitioniert: 1 % Integration bis 2020, 5 % bis 2025 und 10 % bis 2030.

Bündnissen wie Sortons le gaz! (einem Zusammenschluss von Équiterre, der David Suzuki Foundation, Nature Québec und anderen wichtigen Akteuren) verabschiedet. Indem sie einen sofortigen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen forderten und utopische Dekarbonisierungsziele festlegten, trugen diese Organisationen dazu bei, den Druck auf unmittelbare Ergebnisse zu verstärken und eine rationale Kosten-Nutzen-Debatte mit Unterstützung der Politik zu umgehen.

Einige Jahre später ist das Urteil eindeutig. Die Produktion der Biogasanlagen in Quebec stagniert weiterhin auf einem minimalen Niveau, die Produktionskosten haben sich als astronomisch erwiesen, und die Regierung musste ihre eigenen regulatorischen Fristen offiziell verschieben. Abgesehen von einem einfachen Lieferkettenversagen bietet dieser Fall ein Paradebeispiel für institutionelles Fehlverhalten, bei dem ideologische Blindheit, Aktivismus, Korporatismus und Technokratie zusammenwirkten, um die Gesetze der Arithmetik und Physik außer Kraft zu setzen – zum Nachteil von Steuerzahlern und Unternehmen.

Leugnung grundlegender Physik und Wirtschaftswissenschaften

Eine Politik wird dann unklug, wenn sie der Gemeinschaft insgesamt einen Wertverlust beschert, ohne einen wirklichen Nutzen zu bringen und dann auch noch auf realitätsfernen Annahmen beruht. Genau das ist hier der Fall.

Die erste fehlerhafte Prämisse betrifft die thermodynamische Absurdität des Modells. Québec verfügt bereits über ein nahezu vollständig dekarbonisiertes Stromnetz zur Beheizung von Wohn- und Gewerbegebäuden. Moderne Wärmepumpen zeichnen sich durch einen außergewöhnlichen Wirkungsgrad aus und können eine Kilowattstunde Strom in drei bis vier Kilowattstunden Wärme umwandeln. Die Biomethanproduktion hingegen erfordert das Sammeln von Biomasse aus allen Teilen der Provinz, den Bau komplexer und teurer Aufbereitungsanlagen und die anschließende unterirdische Verlegung des Gases zur Verbrennung in Kesseln mit erheblichen Wärmeverlusten. Eine knappe organische Ressource für eine Anwendung zu nutzen, die mit Strom zu einem Bruchteil der Energiekosten erreicht wird, ist völlig unsinnig.

Die zweite Prämisse betrifft die Illusion der Versorgung. Die per Verordnung festgelegte Quote von 10 % für Biogas im Stromnetz bis 2030 setzte das fast schon magische Entstehen dutzender Verarbeitungsanlagen voraus. Allerdings ist das Angebot an organischen Abfällen in Québec physisch begrenzt und logistisch schwer zu handhaben. Da die Provinz nicht genügend Mengen produzierte, war der Verteiler gezwungen, Biogas aus den USA oder anderen kanadischen Provinzen zu importieren, um seine Quoten zu erfüllen.

Erzählung statt Realität

Laut mehreren Berichten handelte die Regierung entgegen dem Rat zahlreicher Experten, unabhängiger Energieforscher und Ökonomen des Kohlenstoffmarktes. Deren Analysen zeigten, dass die Biomasse in Québec physisch zu knapp war und die Kosten pro vermiedener Tonne CO₂ jede Vernunft überstiegen.

Stattdessen entschied sich die Führungsriege, dem Märchen von der Kreislaufwirtschaft zu glauben, das von Beratungsfirmen propagiert und von PR-Agenturen verbreitet wurde, die den Auftrag hatten, der Öffentlichkeit „biophysikalische Grundversorgung“ schmackhaft zu machen. Die Regierung ließ sich von einem verlockenden, politisch opportunen, aber völlig unrealistischen Versprechen blenden.

Ein finanzielles Desaster

Für die Bürger und die lokale Wirtschaft sind die Folgen dieser grünen Selbstzufriedenheit außerordentlich schwerwiegend, da die Kosten des Fiaskos sowohl über ihre Steuern als auch über ihre Energierechnungen getragen werden.

Als Steuerzahler mussten die Einwohner Québecs mitansehen, wie Hunderte Millionen Dollar an öffentlichen Geldern im Rahmen des Plans für eine grüne Wirtschaft in den Bau kommunaler Biogasanlagen flossen. Viele dieser Infrastrukturprojekte verzeichneten erhebliche Verzögerungen, Kostenüberschreitungen und technische Pannen, bevor sie überhaupt den ersten Kubikmeter Gas produzierten.

Als Verbraucher tragen diese Bürger den Aufschlag für „erneuerbares“ Erdgas auf ihren monatlichen Gasrechnungen. Da die Régie de l'énergie die Einbeziehung der Umstellungskosten in die allgemeinen Tarife durch einen Mechanismus der „Kostenvergesellschaftung“ genehmigt hat, steigen die Rechnungen automatisch für alle Nutzer, obwohl „erneuerbares“ Erdgas drei- bis fünfmal so viel kostet wie konventionelles Erdgas.

Industrieunternehmen geraten in eine wirtschaftliche Zwickmühle. Gezwungen, überteuerte Energie zu akzeptieren oder Ausgleichszahlungen zu leisten, verlieren sie ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten in Ontario oder den USA, die direkten Zugang zu günstigem konventionellem Gas haben. Wollen diese Anlagen zudem vom Gasnetz auf Strom umsteigen, kommt es häufig zu Anschlussverzögerungen und einem Mangel an verfügbaren Stromkapazitäten von Hydro-Québec.

Im politischen Kampf gegen den Klimawandel bleibt der Kostenfaktor pro vermiedener Tonne Kohlendioxid die einzig verlässliche Messgröße. Während direkte Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz – wie Gebäudedämmung oder Umstellung auf Strom – eine Tonne CO₂ für 50 bis 100 US-Dollar einsparen, kostet der Ersatz von fossilem Gas durch Ökogas im öffentlichen Stromnetz regelmäßig zwischen 200 und 400 US-Dollar. Es ist eine der ineffizientesten Verwendungen öffentlicher Gelder, die man sich vorstellen kann.

Die funktionale Dummheit von Institutionen

Wie konnte sich eine so wirtschaftlich mangelhafte Idee durchsetzen, ohne auf erheblichen institutionellen Widerstand zu stoßen? Die Organisationssoziologie erklärt dieses Phänomen mit dem Konzept der funktionalen Dummheit – der Fähigkeit eines Systems, das kritische Denken seiner eigenen Akteure zu lähmen, um ein Dogma oder eine Fassade des Konsenses aufrechtzuerhalten.

Im Falle von Ökogas bildete sich ein stillschweigendes Interessenbündnis zwischen verschiedenen Organisationen. Für das Gasmonopol bot das Konzept des Ökogases eine ideale ökologische Rechtfertigung, den Wert seines unterirdischen Pipeline-Netzes zu erhalten und den endgültigen Gasausstieg hinauszuzögern. Für politische und kommunale Entscheidungsträger ergab sich eine befriedigende techno-ökologische Erzählung ohne erkennbare Nachteile, da sie den Forderungen von Umweltgruppen nachkamen und den Wählern gleichzeitig versprachen, ihre Küchenabfälle würden die Häuser in der Nachbarschaft beheizen. Schließlich ermöglichte die Festlegung numerischer Ziele dem technokratischen Apparat, auf internationaler Ebene politische Entschlossenheit zu demonstrieren.

Jahrelang wurden alle, die auf die Widersprüchlichkeit des Modells hinwiesen, im Namen des Klimakonsenses zum Schweigen gebracht. Das Wort „grün“ wirkte wie ein intellektuelles Betäubungsmittel und verschleierte völlig das Prinzip der optimalen Ressourcenverteilung. Einmal mehr hatte

das Gebot, „den Planeten zu retten“, Vorrang vor rationaler Politik.

Eine Lehre für die Zukunft?

Der Rückzug der Regierung von Québec markiert (hoffentlich) das Ende einer technokratischen Illusion. Die Umstellung des Gasnetzes auf „erneuerbare“ Energien wird nicht stattfinden. Erdgas ist keine und wird niemals eine Massenenergiequelle für die Beheizung von Wohnhäusern oder Gewerbebetrieben (in Quebec) sein.

Abgesehen vom Energie- und Bilanzierungsversagen liegt die wahre Lehre aus diesem Fiasko in der Politik und der Demokratie. Sie unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die Blockade der öffentlichen Debatte aufzubrechen. Wenn eine Gesellschaft Umweltziele zu unumstößlichen Glaubenssätzen erhebt, beraubt sie sich selbst der Möglichkeit rationaler Debatten, Kosten-Nutzen-Analysen und der Fähigkeit, auf Warnsignale zu reagieren.

Dieser Fehler hat Steuerzahler und Unternehmen teuer zu stehen gekommen: Die Zwänge der wirtschaftlichen und physischen Realität zu ignorieren, um eine ideologische Erzählung zu schützen, endet immer schlecht. Um solche Fehler nicht zu wiederholen, muss Québec wieder lernen, sachlich zu debattieren: Fakten über Symbole stellen, wissenschaftliche Debatten zulassen und Haushaltsdisziplin wieder in den Mittelpunkt aller gemeinsamen Entscheidungen rücken. Leider erfordert dies einen Mentalitätswandel, der kurz- und mittelfristig unwahrscheinlich ist. Ideologien sind schwer auszurotten.

<https://wattsupwiththat.com/2026/07/30/anatomy-of-a-state-blunder-quebec-s-green-gas-fiasco/>